



Die Protestler

Etwa 300 Demonstranten blockieren die Polizisten bei ihrem Versuch, den Berufsschüler Asef N. abzuführen

Die Polizisten

Wegen der Proteste werden die Streifenpolizisten von einer Sondereinheit unterstützt

Polizeihunde

Die Gewalt eskaliert – die Polizei setzt Hunde, Schlagstöcke und Pfefferspray ein

Etwas lief hier falsch

Ein Afghane soll abgeschoben werden, es kommt zu Gewalt. Die Polizei bezeichnet ihn als Kriminellen, die Mitschüler sehen ihn als Vorbild. Wer hat recht?

VON ANANT AGARWALA UND NICOLA MEIER

Es ist kurz nach acht Uhr morgens am vergangenen Mittwoch, als es an der Tür der Klasse C der Berufsschule B11 in Nürnberg klopft. Der stellvertretende Schulleiter betritt den Raum, in dem 18 angehende Schreiner lernen, lauter junge Männer. Der Pädagoge bittet einen der Schüler, Asef N., mit ihm zu kommen. Der heute 20-jährige Afghane ist im Dezember 2012 nach Deutschland eingereist, ein Jahr später wurde sein Asylantrag abgelehnt, seit vier Jahren lebt er bloß geduldet in Deutschland. Nun soll er abgeschoben werden. Vor der Klasse wartet die Polizei.

Keiner der Anwesenden ahnt in diesem Moment, dass Asef N.s Fall Politik machen wird, weit über Nürnberg hinaus, bis nach Berlin. Weil er Bilder produziert, die niemand sehen mag in Deutschland. Weil er mitten hineinführt in die Dilemmata deutscher Abschiebepolitik. Und weil Stunden zuvor eine gewaltige Autobombe in der afghanischen Hauptstadt Kabul explodiert ist, unweit der deutschen Botschaft.

N.s Mitschüler umarmen ihn auf dem Flur vor dem Klassenzimmer, neben ihnen die Beamten. »Mir fiel das schon sehr schwer«, erinnert sich Dominik, einer der Klassenkameraden: »Einfach tschüss sagen – und morgen hockt der in Afghanistan.«

Schweigend gehen sie zurück in die Klasse, der Unterricht beginnt wieder, dann klingelt ein Handy: Alle sollen hinaus auf die Straße kommen, sofort, Schüler aus der Parallelklasse haben sich vor das Polizeiauto gesetzt. Erst nur eine Handvoll, dann 50, dann 100, schließlich stellen sich 300 Demonstranten der Abschiebung entgegen, unter ihnen auch einige Linksradikale. Wie viele es sind, darüber herrscht bis heute Streit. Jemand filmt, die Polizei greift durch, Beamte gehen auf Jugendliche los, drücken einzelne zu Boden. Eine Spezialeinheit rückt mit Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die Blockierer vor. Asef N. wird in Handschellen über den Boden geschleift, in ein Polizeiauto gestossen.

Die Videos von der Eskalation finden ihren Weg ins Fernsehen, verbreiten sich rasend schnell im Netz. Empörung macht sich breit, über die Brutalität der Polizei. Über einen Staat, der Hunde auf Schüler hetzt. Der gut integrierte Jugendliche herzlos nach Afghanistan abschiebt. In ein Land, in dem am selben Morgen 150 Menschen bei dem Bombenanschlag im Botschaftsviertel ums Leben gekommen sind. Wer kann da noch der Einschätzung der Bundesregierung glauben, es gebe sichere Gebiete in Afghanistan?

»Kriminelle gehören abgeschoben«, sagt Dominik, der Mitschüler von Asef N., »aber doch nicht Asef, der hier arbeiten will und integriert ist!« Es ist so etwas wie die herrschende Meinung in Deutschland. Abstrakt sind eigentlich alle dafür, dass abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden

müssen, da sind sich Politiker fast aller Parteien einig, Migrationsexperten, sogar manche Flüchtlingshilfsorganisationen. Wenn es aber konkret wird, wenn es um einzelne Menschen geht, um Menschen wie Asef N., dann kommen die Bedenken. Das Mitleid. Und dann kommt das Dickicht der geltenden Abschieberegeln, die immer wieder absurde Fälle produzieren.

Den Fall des afghanischen Asylbewerbers zum Beispiel, der nur wenige Tage nach dem eskalierten Abschiebeversuch in Nürnberg in einem Flüchtlingsheim im oberpfälzischen Arnschwang einen fünfjährigen Jungen ersticht und dessen Mutter verletzt: Der 41-Jährige war vorbestraft, hatte mehr als fünf Jahre im Gefängnis gesessen, konnte aber nicht abgeschoben werden, weil er in der Haft zum Christentum konvertiert war und erklärte, als Christ gerate er in Afghanistan in Lebensgefahr. Er wurde bei der Tat von Polizisten erschossen.

In Deutschland regeln Gesetze und Paragraphen die Flüchtlingspolitik. Doch oft sind es Bilder und Gefühle, die sie verändern. Bilder wie die aus Nürnberg. Und die aus Kabul.

Diese Bilder haben die Bundesregierung in einen Zwiespalt manövriert: Zwingt sie Afghanen wie Asef N. weiterhin in Abschiebeflugzeuge, setzt sie sich dem Vorwurf der Unmenschlichkeit aus. Lässt sie hingegen Migranten mit zweifelhaftem Bleiberecht gewähren, sogar vorbestrafte Gewalttäter wie den Täter von Arnschwang, dann gibt sie damit das Signal, dass jeder Afghane, der es bis Deutschland schafft, de facto einwandern kann.

Konfrontiert mit dem Dilemma, umstellt von den hässlichen Bildern, entscheidet sich die Bundesregierung für ein Ausweichen: Angela Merkel ordnet eine neue Analyse der Sicherheitslage in Afghanistan an. Bis dahin, voraussichtlich den gesamten Juni hindurch, werden Abschiebungen an den Hindukusch ausgesetzt. Auch der Flug, mit dem Asef N. noch am Mittwochabend aus Frankfurt in seine Heimat zurückgebracht werden sollte, wird abgesagt. Vorläufig.

Spricht man mit Asef N.s Mitschülern und seinem Klassenlehrer, entsteht das Bild eines Vorzeigemigranten: freundlich, fröhlich, fleißig. N.s Familie gehört nach Angaben seines Anwalts zur Bevölkerungsgruppe der Hazara, einer überwiegend schiitischen Minderheit im sunnitischen Afghanistan, die immer wieder Opfer der Taliban wird. Seine Familie habe ihn deshalb vor etwa acht Jahren zu einem Onkel in der iranischen Küstenstadt Bandar Abbas geschickt. N., der nie eine Schule besucht hat und Analphabet ist, arbeitet dort als Hilfskraft auf dem Bau. Nach fast zweieinhalb Jahren bezahlt sein Onkel einen Schleuser, der N. in die Türkei bringt. Er landet mit einem Boot auf einer griechischen Insel, fährt weiter nach Athen. Über den Balkan erreicht er Österreich. Erst auf seinem Weg nach Hamburg wird er von Beamten aus dem Zug gezogen und kommt

in die bayerische Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf. Schließlich landet er in Nürnberg.

Hier beginnt der Teil von Asef N.s Biografie, den seine Mitschüler und sein Klassenlehrer besser einschätzen können. 22 Stunden die Woche erlebt der Holztechnik-Lehrer Michael Stahl den Afghanen in einer kleinen Gruppe in der Werkstatt. »Es wäre ein Traum, wenn ich nur solche Schüler hätte«, sagt Stahl. »Er war oft früher fertig und hat dann seinen Mitschülern geholfen, ohne dass man ihn dazu auffordern musste.«

Seine Klassenkameraden mögen ihn, doch sie scheinen ihn nicht gut zu kennen. Sie wissen, dass er sich mit mehreren Flüchtlingen ein Zimmer in einer Asylunterkunft teilt. Aber wo genau? Keine Ahnung. Sie erzählen, dass er ins Fitnessstudio gehe und man das auch sehen könne, an seinem

Biceps. Dass er vermutlich ein Muslim sei, weil er ja kein Schweinefleisch esse. Oder? Sicher sind sie sich nicht. Es war ihnen nicht wichtig. Wichtig finden sie eher, dass er in nur vier Jahren sehr gut Deutsch gelernt habe. »Er wollte hier was reißen«, erzählen sie. Für sie ist Asef N. ein Beispiel perfekter Integration.

Für die Polizei ist er ein Krimineller, mindestens ein Trickser. Und ein mutmaßlicher Terrorist. Nach seiner Verhaftung habe er gedroht: »In einem Monat bin ich wieder da – und dann bringe ich Deutsche um.«

Sein Mandant ein Terrorist? Asef N.s Anwalt bestreitet das. Er war nicht dabei, als die Drohung gefallen sein soll. »Er sagt, er kann sich nicht daran erinnern, diese Worte gesagt zu haben«, erklärt Michael Brenner. »Falls er es in einer Situation größter Erregung und Panik gesagt hat, tut es ihm von Herzen leid.«

Brenner ist ein Experte für Migrations- und Strafrecht, den der Flüchtlingsrat Bayern an Asef N. vermittelt hat: ein 27-Jähriger mit blonden Haaren, Jeans und blauen Sneakers. Weil sein Büro zu klein ist, bittet er an den Konferenztisch eines Kollegen. Es ist der erste Tag nach dem Pfingstwochenende, sein Telefon hat den ganzen Tag über geklingelt.

Es gibt in dem Fall Asef N. – wie bei vielen Asylbewerbern – viele Ungereimtheiten. Die Polizei wirft ihm vor, dass er die Behörden belogen habe. Ihre Version klingt so: N. habe jahrelang behauptet, keinen Pass zu besitzen, um sich seiner Abschiebung zu entziehen. Die Behörden hätten ihn dazu aufgefordert, einen Pass zu beantragen, doch er habe sich wiederholt geweigert. Erst als es darum gegangen sei, sich als gut integrierter Flüchtling für eine Aufenthaltserlaubnis zu bewerben, habe er plötzlich doch einen vorgelegt – ausgestellt im Jahr 2007.

Fragt man Asef N.s Anwalt nach diesen Vorwürfen, erzählt er eine ganz andere Geschichte. Seine Version klingt so: Asef N. habe sich beim afghanischen Konsulat in München immer wieder um einen Pass bemüht – erst in diesem Februar habe er damit Erfolg gehabt. Ende Februar habe er der Ausländerbehörde Mittelfranken die entsprechende Quittung vorgelegt. Als er sich zwei Monate später um seine Aufenthaltserlaubnis beworben habe, habe er den neuen Pass vorgelegt. Sein Lehrer Michael Stahl kann das bezeugen: »Das Dokument war druckfrisch.«

Anwalt Michael Brenner geht sogar davon aus, dass die Nürnberger Polizei am Mittwochmorgen unrechtmäßig vorgegangen ist. Als Asef N. in den Streifenwagen gezerrt wurde, habe er noch eine gültige Duldung besessen. »Auf der Duldung steht wortwörtlich: Aussetzung der Abschiebung«, zitiert Brenner. Eigentlich hätte N. noch bis Ende Juli in Deutschland bleiben dürfen. Offen war auch noch, ob er eine Aufenthaltserlaubnis als gut integrierter Flüchtling bekommen würde. »Als er

abgeführt wurde, hat er sich gefragt: Was ist jetzt los?«, sagt Brenner. »Er ist natürlich davon ausgegangen, dass ihm da gerade Unrecht geschieht.« Erst Stunden später habe die Polizei N. den offiziellen Abschiebebescheid in die Hand gedrückt. Hat die Polizei Asef N.s Biografie also womöglich in ein schlechtes Licht gerückt, um ihren harten Einsatz zu rechtfertigen?

Mindestens 50 aggressive Linksautonome hätten sich unter die Schüler gemischt, erklärte die Polizei auf einer Pressekonferenz. Flaschen seien geworfen, neun Beamte verletzt worden. Am Ende seien es mehrere Hundert Demonstranten gewesen, sehr aggressiv, überwiegend aus dem linksautonomen Bereich. Auch Asef N. habe sich den Beamten widersetzt.

N.s Mitschüler und sein Lehrer halten dagegen. Das aggressive Auftreten der Polizei habe die Situation aufgeheizt, erst dann hätten sich die Schüler und etwa »zehn Linke« gewehrt. Sie erzählen: »Die normalen Beamten waren freundlich, haben sich sogar mit uns unterhalten, als wir uns um das Auto gesetzt haben. Aber dann kam das USK.« USK steht für Unterstützungskommando, eine Spezialeinheit der bayerischen Polizei. Sie rückt an, wenn Demos eskalieren, Geiselnnehmer überwältigt oder Gebäude gestürmt werden müssen. »Denen sah man an, dass die Spaß dran haben, Leute zusammenzuhauen«, sagt Dominik aus Asef N.s Klasse. Tatsächlich zeigen die Videos von den Ausschreitungen rabiate Polizisten, die zum Teil überfordern wirken und willkürlich auf Demonstranten loszugehen scheinen.

Wie lässt sich die Eskalation erklären? Womöglich auch damit, dass die Ausländerbehörden und die Polizei ziemlich unter Druck stehen: Die Zahl der Abschiebungen soll steigen. Denn obwohl in Deutschland derzeit rund 12.500 ausreisepflichtige afghanische Staatsangehörige leben, wurden im gesamten Jahr 2016 nur 67 von ihnen abgeschoben. In derselben Zeit kamen mehr als 115.000 neue Asylanträge von Afghanen hinzu. Und natürlich stellt sich die Frage: Wenn sich jeder Fall so lange hinzieht wie der von Asef N., wo soll das enden? Welches Signal geht davon aus? Für die Menschen in Afghanistan? Und für die in Deutschland?

Und hat nicht der Fall des Afghanen, der in Arnschwang einen kleinen Jungen erstochen hat, gerade erst wieder gezeigt, wozu die Praxis der ewigen Duldung selbst bei überführten Straftätern führen kann?

Asef N., so berichtet sein Lehrer, ist jedenfalls erst einmal erleichtert, wieder in Freiheit zu sein. Und immer noch in Deutschland. Am kommenden Donnerstag hat er seinen ersten Probetag im Bildungszentrum des SOS-Kinderdorfs, wo er im September seine Schreinerlehre beginnen will – falls er nicht vorher abgeschoben wird.

Mitarbeit: Jochen Bittner, Khuê Pham